

Wirtschaftsrat – 7. Juniorentag am 30. Oktober 2010

Podium II „Gesundheit: Wachstumswirtschaft vs. Gesellschaftliche Verantwortung“

Thomas D. Boner ,Geschäftsführender Gesellschafter der Zytoservice Deutschland GmbH

Kurzstatement

Wir als Herstellbetrieb begrüßen die neuen Regelungen im Rahmen des AMNOG unter dem Aspekt der Regulierung der Erstattungsfähigkeit von innovativen Medikamenten. Unser Aspekt der qualitätsgesicherten Herstellung von sterilen Infusionslösungen wird durch eine gesetzlich vorgesehene Erhöhung der Herstellungspauschale zumindest mit einer gewissen Signalwirkung Rechnung getragen. Da wir nun als aktiver Marktteilnehmer als pharmazeutischer Hersteller auch Bestandteil von Verträgen nach § 130 und § 140 werden können, möchten wir uns noch aktiver als bisher in die sektorübergreifende Zentrumsbildung der Onkologie einbringen. Hierzu sollte aus unserer Sicht die Bedeutung des §140 in Koppelung mit Vereinbarungen nach § 130 im Gesetz noch stärker betont werden als dies bisher der Fall ist. Eine Vereinbarung zwischen Krankenkassen und pharmazeutischem Hersteller sollte immer ein qualitätsgesicherten Aspekt des leitlinienkonformen/therapierichtlinienkonformen Einsatzes beinhalten der den Patienten im Mittelpunkt des Bestrebens sieht.

Wir sehen unsere Rolle als Pharmahersteller auch neben unserer GMP konformen Produktion in der Erbringung von Dienstleistungen im Umfeld unseres Kernbereiches um AMNOG konform die weitere Entwicklung der innovativen Onkologie sicher zu stellen. Dazu gehört auch der Punkt, dass die Qualität der Herstellung in Deutschland nach GMP immer noch nicht einheitlich geregelt ist.

Wirtschaftsrat – 7. Juniorentag am 30. Oktober 2010

Podium II „Gesundheit: Wachstumswirtschaft vs. Gesellschaftliche Verantwortung“

Stefan Kapferer Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit

Kurzstatement

In einer alternden Gesellschaft mit hohem Innovationspotential für die Gesundheitswirtschaft entstehen neue Chancen – aber auch Risiken. Moderne Gesundheitspolitik muss die Versorgung aller Versicherten in einem solidarischen System sichern und zugleich die Potenziale für mehr Beschäftigung nutzen. Dafür ist auch ein Bewusstseinswandel bei den Versicherten über Wert und Kosten ihrer Gesundheitsversorgung erforderlich.

Wirtschaftsrat – 7. Juniorentag am 30. Oktober 2010

Podium II „Gesundheit: Wachstumswirtschaft vs. Gesellschaftliche Verantwortung“

Dr. Rolf Koschorrek, MdB

Kurzstatement

Es besteht aller Grund dafür, dass wir unser Gesundheitssystem nicht mehr allein unter dem Aspekt der Sozialpolitik sondern verstärkt auch unter dem Aspekt der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik betrachten und werten.

Wir brauchen die Gesundheitswirtschaft als wichtigen ökonomischen Wachstumszweig in unserem Land.

Im Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Bundesregierung heißt es:

„Der Gesundheitsmarkt ist der wichtigste Wachstums- und Beschäftigungssektor in Deutschland.“

- Gesundheitswirtschaft ist einer der größten und erfolgreichsten Zweige der deutschen Wirtschaft. (Jahresumsatz rd. 250 Mrd. €, 4,5 Mio Beschäftigte.
- Die Gesundheitswirtschaft bietet überdurchschnittlich viele gut qualifizierte Arbeitsplätze, große Potentiale auch für die Entwicklung pharmazeutischer Produkte.
- In der älter werdenden Gesellschaft steht eine größer werdende Nachfrage nach medizinischen Leistungen einem zunehmend umfangreichen Angebot gegenüber: z.B. im Bereich der Pflege, bei der Patientenberatung, bei Vorsorgeleistungen und auch bei neuen Medikamenten.
- Immer mehr Patienten und Versicherte setzen individuelle Präferenzen. Die Angebote von Gesundheitsleistungen müssen an die anspruchsvolleren und differenzierten Bedürfnisse der Patienten angepasst werden.

Gerechtigkeit und Solidarität gehören zu den Grundwerten unserer Gesellschaft. Sie sind sowohl eine entscheidende Grundlage der Gesellschaft und der Nation als auch eine entscheidende Voraussetzung für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und den sozialen Frieden.

Es ist klar, dass die Solidarität auch weiterhin die Grundlage für unser Gesundheitssystem sein muss und sein wird. Die demographische Entwicklung und die

Generationengerechtigkeit zwingen uns allerdings dazu, neue Wege für die Finanzierung des Gesundheitswesens einzuschlagen.

Der GKV-Leistungsumfang wird in dem wachsenden und immer differenzierteren Gesundheitsmarkt nicht alle Leistungen umfassen können. Vielmehr wird das Angebot zunehmend darüber hinausgehen. Wir sorgen dafür, dass auch außerhalb des gesetzlich finanzierten Bereichs Gesundheits- und Pflegeleistungen angeboten werden.

In der anstehenden Gesundheitsreform stärken wir die Wahlmöglichkeiten der Versicherten bzw. Patienten z.B. im Rahmen der anstehenden Gesundheitsreform indem wir u.a. eine engere Kooperation von GKV/PKV anstreben. Im GKV-FinG schaffen wir eine vernünftige und tragfähige Basis für eine bessere und umfangreichere Zusammenarbeit. Dabei geht es zunächst um Zusatzversicherungen z.B. für die Chefarztbehandlung, Zahnersatz, Auslandsversicherung, Ein-/Zweibettzimmer. Darüber hinaus wird die engere Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Trägern die Versorgung durch Spezialisten und mit anderen Sonderleistungen auch für gesetzlich Versicherte ermöglichen.

Wirtschaftsrat – 7. Juniorentag am 30. Oktober 2010

Podium II „Gesundheit: Wachstumswirtschaft vs. Gesellschaftliche Verantwortung“

Roland Weber, Debeka Versicherungen, Mitglied der Vorstände

1. Gesellschaftliche Verantwortung des Staats darf nicht zur Bevormundung und Überregulierung führen. Der Staat trägt keine Verantwortung für seine Gesellschaft, wenn er alles an sich zieht und möglichst alles für alle gleich regelt. Das gilt auch für das Gesundheitswesen mit seinen Kostenträgern. Schon Ludwig Erhard hat 1956 formuliert: “Die totale Zwangsversicherung und der Versorgungsstaat sind naturgemäß besonders geeignet, den Wagemut, das Leistungsstreben, die Bereitschaft zur freier Spartätigkeit, die persönliche Initiative und das Verantwortungsbewusstsein mehr und mehr zu lähmen, ohne die eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht existieren kann.“ Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, damit die Gesellschaft weitestgehend für sich selbst Verantwortung trägt.
2. Die Gesundheitspolitik Ulla Schmidts bewegte sich Richtung Zwangsversicherung und Versorgungsstaat: Schwächung der PKV, Einrichtung des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen, Wegfall der Beitragssatzautonomie der Kassen, fast vollständige Finanzierung der GKV über den Gesundheitsfonds. Die jetzt von der Bundesregierung beabsichtigten Maßnahmen sind erste Schritte in die richtige Richtung: Rückkehr zum Status quo ante für die PKV, stärkere Beitragsdifferenzierung in der GKV durch zunehmende Bedeutung des Zusatzbeitrages, Entlastung des Faktors Arbeit. In diese Richtung muss weiter gearbeitet werden. Der Anteil des Gesundheitsfonds an der Finanzierung der GKV muss zurückgefahren werden, die Kassen brauchen eine noch stärkere Beitragsautonomie.
3. Das Gesundheitswesen ist ein starker und wachsender Wirtschaftszweig. Gesundheitspolitik ist somit auch Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die Gesundheitspolitik darf die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges nicht hemmen, sie muss vielmehr mithelfen, dass die Menschen eigenverantwortlich entscheiden, welche Gesundheitsleistungen sie in Anspruch nehmen wollen und was sie ihnen wert sind. Die Ausgaben für Gesundheit werden wachsen, und ein immer kleinerer Teil davon wird über die Grundversorgung der GKV finanziert werden können.
4. Der Staat trägt gesellschaftliche Verantwortung, wenn er Rahmenbedingungen schafft, nach denen mit den knappen Mitteln effizient umgegangen wird. Gesellschaftliche Verantwortung und Wachstumswirtschaft sind keine Gegensätze, wenn Qualität, nutzenbringende Innovationen und eine vernünftige und wirtschaftliche Versorgung ge-

fördert werden. Dazu gehört z. B. eine qualitätsbezogene Vergütung, die dem Leistungsanbieter Anreize auch zum wirtschaftlichen Handeln bietet.

5. Trotz aller Regulierungsbemühungen und Kostendämpfungsmaßnahmen wächst der Gesundheitsmarkt. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Verantwortung des Staats für seine Gesellschaft bedeutet daher auch, nicht nur für die heutige, sondern auch für die zukünftigen Generationen die Finanzierung des wachsenden Gesundheitsmarktes sicherzustellen. Das ist nur mit mehr Kapitaldeckung möglich; der Kapitalstock muss vor staatlichem Zugriff geschützt sein. Es ist zu prüfen, ob das Umlagesystem der GKV weiterhin das derzeitige Leistungsspektrum abbilden soll, oder ob Teile des GKV-Leistungsumfanges nicht besser in der kapitalgedeckten PKV angesiedelt werden. Hier sind neue, intelligente Kooperationsformen zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung denkbar. Dies wäre auch im Sinne der Regierungserklärung 2009 von Angela Merkel: *„Wenn wir angemessene Antworten auf den Altersaufbau unserer Gesellschaft finden wollen, dann führt kein Weg daran vorbei, unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht auszugestalten.“*